22. Februar 2016, Heidingsfeld

Flüchtlinge als Auszubildende gefragt

Integration durch Arbeit: die jungen Azubis Farhat Nuri und Abdul Safi (von links) mit Eugen Hain (Agentur für Arbeit), Bernhard, Georg und Jochen Göbel (Firmengruppe Göbel), der SPD-Abgeordnete Georg Rosenthal und Susanna Niewalda (Bayerischer Bauindustrieverband

In Bayern läuft die von der Staatsregierung angeschobene Woche der Ausbildung mit dem Thema „Ausbildung? Bringt dich groß raus“. Doch gilt dies auch für Flüchtlinge? Wie man junge Menschen aus anderen Ländern ins Arbeitsleben und damit in die Gesellschaft integriert, war jetzt Thema einer Gesprächsrunde bei der Firmengruppe Göbel. Angeregt hatte sie der Würzburger SPD-Abgeordnete Georg Rosenthal gemeinsam mit dem Leiter der Agentur für Arbeit in Würzburg Eugen Hain. Als Sprecher der unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten liegt Rosenthal diese Problematik besonders am Herzen.

Dass das neue Bürogebäude der Firmengruppe Göbel in der Winterhäuser Straße als Gesprächsort ausgesucht worden war, hatte seinen guten Grund: Für Eugen Hain ist der Bauspezialist ein Leuchtturm, von denen man noch mehr bräuchte, um auf diesem schwierigen Terrain schneller voranzukommen. Göbel hat in diesem Jahr zwei junge Flüchtlinge aus Afghanistan als Lehrlinge eingestellt: Abdul Safi als Fliesenleger und Farhat Nuri als Mauerer. Beide nahmen an der Diskussionsrunde teil.

Juniorchef Georg Göbel berichtete, dass seine Würzburger Unternehmensgruppe mit 220 Mitarbeitern gerne in jeder ihrer sechs Firmen pro Jahr drei Auszubildende einstellen würde, derzeit aber gerade einmal die Hälfte der Plätze besetzen kann. Das Unternehmen habe deswegen großes Interesse, auch jungen Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz zu bieten.

Schulen sollen Nachhilfe bieten

Um hier voranzukommen, sieht Göbel die Politik in der Pflicht. Zum einen hätten viele Flüchtlinge nur eine marginale oder gar keine Schulausbildung. Hier müsse das Angebot deutlich erweitert werden, auch durch die Finanzierung von Nachhilfe. Göbel kritisierte, dass Berufsschulen hier kaum reagierten und keine angepassten Lehrpläne hätten.

Ein anderes Problem für Göbel ist die Bürokratie. So kämpft einer seinen Auszubildenden bisher ohne Erfolg darum, einen Führerschein zu bekommen, den er für die Arbeit dringend bräuchte. Schließlich hält es Göbel für unabdingbar, dass Flüchtlinge auch dann ihre Ausbildung beenden können sollten, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wird.

Hier konnte Georg Rosenthal von zumindest einem kleinen Fortschritt berichten. So habe die Bundesregierung vor kurzem beschlossen, dass es keine Abschiebung für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten gebe, wenn ein Ausbildungsvertrag bestehe und dass der Betroffene auch nach seiner Ausbildung zwei Jahre arbeiten dürfe. Für Rosenthal kann diese Regelung jedoch nur ein erster Schritt sein. Wer hier die Sprache erlernt, seine Ausbildung gemacht und gearbeitet hat, sei integriert, und da gebe es keinen Grund mehr für eine Abschiebung, sagt der Abgeordnete und plädiert hier für ein klares Einwanderungsgesetz.

Unterstützung bekommt er von Eugen Hain: Es rieche nach Vollbeschäftigung am Arbeitsmarkt. Wegen des demografischen Wandels sei es nicht nur im Bau schwierig, junge Leute in die Ausbildung zu bekommen. „Wir brauchen Zuwanderung, um zumindest einen Teil des Fachkräftemangels zu schließen“, sagt der Leiter der Agentur für Arbeit. Für ihn sei es unvorstellbar, dass solche Arbeiter hinterher ausgewiesen werden. Hain glaubt auch nicht, dass dies politisch durchzuhalten sei. Rosenthal ist hier optimistisch, dass sich durch „faktischen Druck“ die Politik ändern werde.

Das große Interesse des Handwerks auch an Auszubildenden mit Migrationshintergrund bestätigte auch Daniel Röper von der Handwerkskammer für Unterfranken. Derzeit absolvieren Auszubildende aus 58 Nationen eine Ausbildung im unterfränkischen Handwerk. Zwar habe es im vergangenen Jahr einen leichten Zuwachs bei den Ausbildungsverträgen gegeben, doch hätte das Handwerk noch rund 25 Prozent mehr als die aktuell besetzten Lehrstellen zur Verfügung stellen können.

Es fehlt an Wohnraum

Ein wichtiges weiteres Thema in der Flüchtlingspolitik sprach die Geschäftsführerin des Bayerischen Bauindustrieverbandes Susanne Niewalda an: die Wohnsituation der Flüchtlinge. Wer lernt und in der Ausbildung ist, wolle und könne nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Es sei daher dringend nötig, schnell bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sagte sie und forderte beschleunigte Genehmigungsverfahren und den Verzicht auf „aufgeblasene Standards“.

Für den Bereich Würzburg ist Georg Rosenthal optimistisch, dass es genügend Häuser im Stadtgebiet gibt, die aufgestockt werden könnten, zudem gebe es im „Speckgürtel“ um die Stadt herum genügend Raum für neue Wohngebiete.

Foto und Artikel: Herbert Kriener